



ASIEN/INDIEN – Die Christen und die bürgerliche Gesellschaft: „Das Gesetz über die Lebensmittelsicherheit soll die Kleinbauern im Auge haben“

Neu Delhi (Fidesdienst) – Der neue Gesetzentwurf über Lebensmittelsicherheit und Recht auf Ernährung, der dem indischen Parlament vorgelegt wurde, ist sehr lückenhaft: das ist die Beurteilung der Christen und der bürgerlichen Gesellschaft über den „Food Security Bill“. Danach sollen in Indien mit der Einführung des „Rechts auf Nahrung“ jeden Monat 5kg Getreide/Person zu einem Festpreis verteilt werden, ebenso kostenloses Essen an schwangere Frauen, stillende Mütter, Kinder zwischen 6 Monaten und 14 Jahren und an unterernährte und obdachlose Kinder. Persönlichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft, christliche Vereinigungen, Priester, Missionare und NGO haben eine Plattform geschaffen: „Kampagne für das Recht auf Nahrung“, die sich seit 2009 für die Lebensmittelsicherheit und das Recht eines jeden Bürgers nicht Hunger leiden zu müssen einsetzt. Der Jesuitenpater Jothi aus Kalkutta, der der Kampagne beigetreten ist, erklärt Fides gegenüber: „Die Plattform über das Recht auf Nahrung ist entsetzt über die Entscheidung der Exekutive den Gesetzestext so zu verabschieden wie er ist. Ein Thema wie die Lebensmittelsicherheit, die Millionen in unserem Land betrifft, erfordert eine umfassende Debatte im Parlament. Warum also diese Eile das Gesetz mittels Dekret zu verabschieden?“ Die Gruppe hält eine Diskussion in der Abgeordnetenklammer für sinnvoll, bei der dann über die Änderungen abgestimmt werden muss. Ein Diskussionspunkt ist z.B. die Getreidemenge, die jeder Person zugeteilt werden soll. Andere erwähnen die mangelnde Aufmerksamkeit für die Probleme der Bauern und die Tatsache, dass von den vorgesehenen Maßnahmen Millionen Menschen ausgeschlossen blieben. Die dem Parlament vorgelegte Version „ist extrem unpassend und garantiert in keiner Weise die Sicherheit der Lebensmittel“, vermerkt P.Jothi. In Wirklichkeit gibt es nach dem Gesetz nur 166g Getreide/Person/Tag. Außerdem – und das ist das Interessante – fördert es nicht die Produktionskapazität von Lebensmitteln noch bietet es Unterstützung für die Kleinbauern, obwohl ja mehr als 60% der indischen Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig ist. „Eine gestärkte und dynamische Landwirtschaft ist das Rückgrat der Lebensmittelsicherheit“, erklärt der Geistliche. Der Gesetzestext kriminalisiere und diskriminiere im übrigen die Mütter mit mehr als 2 Kindern, indem sie von den geplanten Maßnahmen ausgeschlossen würden. Zu den Lücken gehört auch, dass der Text nicht die Möglichkeit von Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Lebensmittelengpässe im Fall von Naturkatastrophen vorsieht. Die Kampagne fordert daher die Regierung auf den Gesetzestext zu revidieren auf der Grundlage einer Konsultation an der Basis, damit ein wirklich für die Lebensmittelsicherheit nützliches Dekret entstehen kann. „Der Food Security Bill ist eine fundamentale Möglichkeit Hunger und Unterernährung in Indien zu beenden: wir hoffen, dass sie nicht ungenutzt bleibt“, schließt P. Jothi. (PA) (Fidesdienst 6/7/2013)